



Guido Sterki

Der Solothurner Bauunternehmer plant für den neuen Firmensitz

STADT SOLOTHURN 20

Freilichtspiele Grenchen

Regisseurin Iris Minder überführt ihr Werk in einen neuen Verein

GRENCHE 21

Cannabis

Bund will doch Test ermöglichen

INLAND 6

Bund stellt weitere 100 Mio. wegen Hochseeflotte zurück

Schiffsbürgschaften Zweite Reederei ist in Nöten, dem Bund winkt gesalzene Rechnung

VON HENRY HABEGGER

Der letztjährige Untergang der Flotte von Reeder Hansjürg Grunder hat den Bund und die Steuerzahler bereits 215 Millionen Franken gekostet. Jetzt nimmt der Bundesrat gemäss Recherchen der «Nordwestschweiz» weitere Rückstellungen in der undurchsichtigen Flotten-Affäre vor: Nicht weniger

als 100 Millionen Franken stellt Finanzminister Ueli Maurer in der Staatsrechnung 2017 vorsorglich ein. Für mögliche weitere Verluste mit vom Bund verbürgten Hochseeschiffen. Der Gesamtbundesrat wird die Staatsrechnung in den nächsten Wochen verabschieden.

Der Grund für die neuen Rückstellungen ist, dass eine weitere Reederei

in Schieflage ist. Es handelt sich gemäss Branchenkenner um die Genfer Reederei Massoel. Sie besitzt derzeit acht Schiffe, die Bürgschaften vom Bund haben. Ob und in welchem Umfang die Verluste tatsächlich eintreten werden, ist derzeit nicht klar. Ein Massoel-Vertreter gibt sich zuversichtlich: Man habe derzeit nicht vor, Schiffe zu verkaufen, und der Markt ziehe an.

Noé Blancpain, Informationschef des für Schiffsbürgschaften zuständigen Wirtschaftsdepartements WBF, sagt: «Wir haben immer betont, dass sich angesichts der langandauernden Krise in der Hochseeschifffahrt für den Bund als Bürgen weitere Verluste einstellen können.» Der Bund hat derzeit noch Bürgschaften im Umfang von etwa 500 Millionen offen. SEITE 5

KOMMENTAR

Sanktionen lassen Putin kalt

Kurz vor der russischen Präsidentschaftswahl verschärft sich der Konflikt zwischen Russland und dem Westen: Nach Grossbritannien haben nun auch die USA neue Sanktionen gegen Moskau verhängt; die einen wegen eines mutmasslichen Giftgasanschlags, die anderen wegen ebenso mutmasslicher Einmischung in den US-Wahlkampf. Mos-



von André Ballin,
Moskau

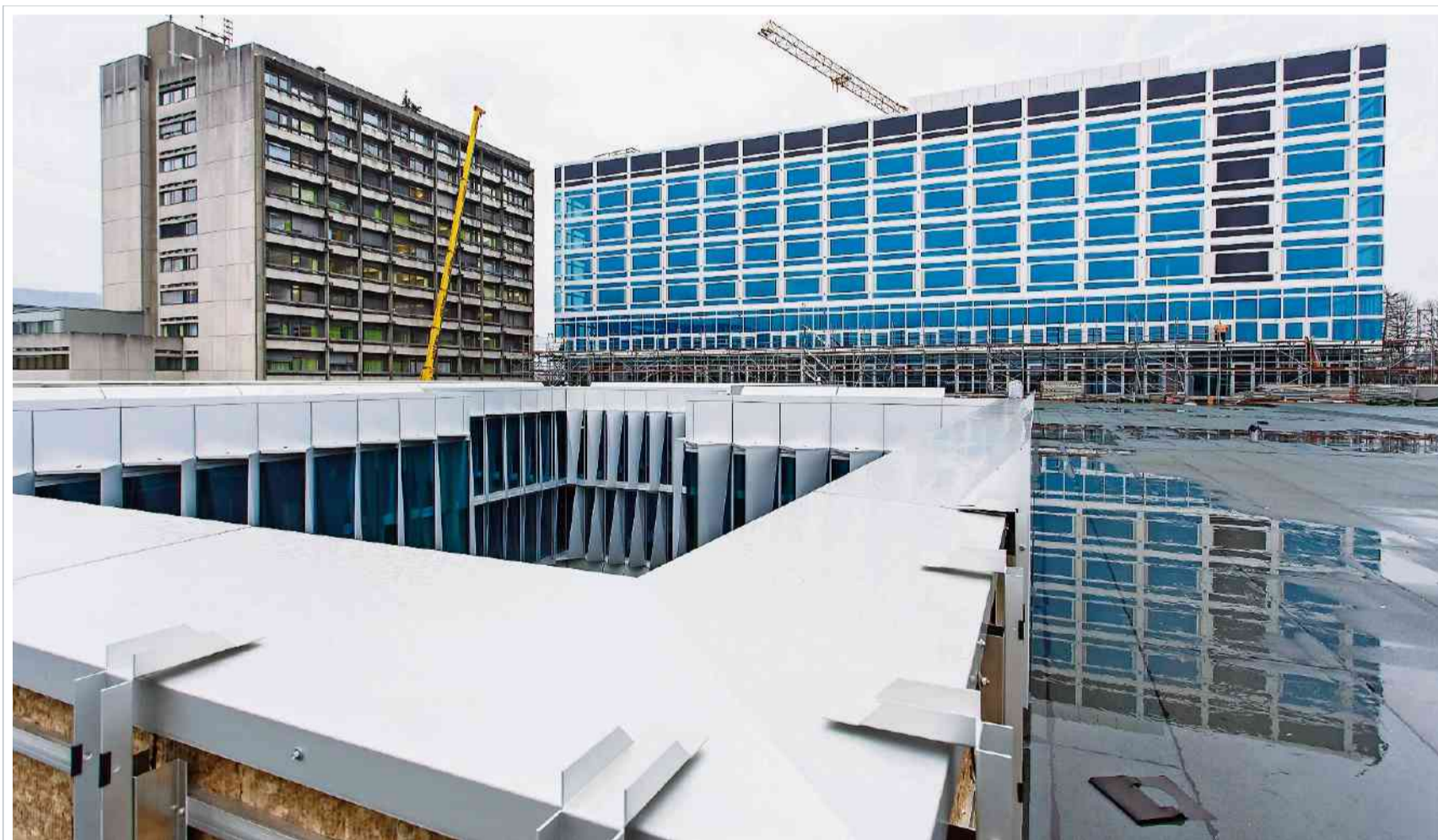
kau weist natürlich brüsk alle Anschuldigungen von sich. Auf die westlichen Restriktionen will der Kreml mit mindestens spiegelgleichen Vergeltungsmassnahmen antworten.

Als Wahlkampfdämpfer taugt die Sanktionsrunde übrigens rein gar nichts. Wladimir Putin muss nicht befürchten, dass der Druck aus dem Westen ihm die Wähler verschreckt. Im Gegenteil: In so einer Situation dürfte die Mobilisierung seiner Stammwählerschaft noch besser gelingen. Seit Jahren schwören die staatlichen Medien das Volk darauf ein, dass der Westen einen unerklärten Krieg gegen Russland führt.

Das Wort «Provokation» dominiert nun die russischen Schlagzeilen. In der Situation werden sich die konservativen-nationalistischen Kreise, auf die sich Putin stützt, erst recht um den Oberbefehlshaber scharen.

Putin müsste eher Konsequenzen für das Wahlergebnis befürchten, wenn er in dem Konflikt klein beigibt. Aus dem Grund werden wir in den nächsten Tagen wohl Zeugen einer weiteren Eskalation werden. Das Verhältnis Moskaus zum Westen scheint ohnehin endgültig verdorben zu sein. Da richten die Sanktionen keinen weiteren Schaden an.

@ausland@azmedien.ch



Markant Der Neubau des Bürgerspitals Solothurn schreitet plangemäss voran. Für das 340-Millionen-Projekt wurden bis heute Aufträge im Wert von 243 Millionen Franken vergeben. Nun erhält die Fassade

ihr markantes Gesicht. Es wurde mit der Montage der «Brise Soleil»-Elemente begonnen, die direkte Sonneneinstrahlung abhalten, aber für viel Tageslicht im Gebäudeinnern sorgen. SEITE 18/19 FOTO: HANSPETER BÄRTSCHI

Thomas N.

Gericht fällt Urteil im Mordprozess

Der Fall Rapperswil findet heute Freitag sein vorläufiges Ende. Um 10 Uhr soll das Urteil verkündet werden. Schon jetzt ist klar: Für viele wird das Strafmass nicht hoch genug sein. In den vergangenen Tagen wurden Stimmen nach drastischen Strafen laut. Einige forderten gar die Todesstrafe. Für den Rechtsprofessor Franz Streng kommt der Wunsch nach härteren Urteilen nicht überraschend. Es gebe seit Jahren eine Tendenz in diese Richtung. Allerdings warnt er vor zu starker Emotionalisierung - und nimmt Schulen in die Pflicht. Schon früh sollten Lehrer über Verbrechen und das angemessene Strafmass sprechen. SEITE 3, 16

Gäu

Sozialhilfebezügler mit 12-Zimmer-Villa

Ist es möglich, in einer Villa zu leben und gleichzeitig Sozialhilfe zu beziehen? Ja, lautet die Antwort. Passiert dies in der Sozialregion Untergäu. Knappe drei Jahre lang bezog ein Mann Gelder und wohnte gleichzeitig in einer 700-Quadratmeter-Villa mit zwölf Zimmern. Aufgeflogen ist der Fall, als Mitarbeiter der Sozialregion bei einer Routinekontrolle Unstimmigkeiten auffielen.

Die Villa gehört einer Firma in Liechtenstein, deren Verwaltungsratspräsident und Geschäftsführer der Mann ist. Solche Fälle seien schwierig im Vorfeld zu erkennen, heisst es im Untergäu. Den Sozialregionen fehlt der Zugriff auf Daten. SEITE 17

Biberist

Regierung stützt die Gemeinde

Der Gemeinderat ist Planungsbehörde und kann eine Tempo-30-Zone auch dann erlassen, wenn an der Urne dagegen gestimmt wurde. Das ist eines der Argumente, mit denen der Regierungsrat die Beschwerde von Markus Grütter gegen die Gemeinde Biberist ablehnt. Grütter kämpft gegen die Einführung von Tempo 30 im Bleichenberg und im Giriz. Der Regierungsrat erklärt sogar, dass die Stimmberechtigten gar nicht über die Motion hätten abstimmen dürfen, weil der Souverän nicht für Verkehrsmassnahmen zuständig ist. Grütter gibt sich noch nicht geschlagen und setzt sich weiter gegen die Tempolimits ein. SEITE 22

Russland

Wenn die Wähler keine Wahl haben

Wladimir Putin wird in der Krim-Stadt Sewastopol gefeiert. Vor vier Jahren hat er die vormals ukrainische Halbinsel annektiert. Seine Grossmachtspolitik ist ein Grund, warum die Mehrheit der Russen ihn am Sonntag wiederwählen wird. Putin ist es gelungen, ihnen einen Teil des Stolzes zurückzugeben, den das Land nach dem Ende der Sowjetunion verloren hatte. Doch die Wahlen, so inszeniert sie sein mögen, werden in der Provinz entschieden, wo die meisten Menschen leben - und wo es an sehr vielem fehlt. Sie fühlen sich um ihre eigenen Rechte betrogen. Doch dies Putin anlasten? Niemals. KOMMENTAR RECHTS, SEITE 2/3

MEINUNGSSEITE

Max Dohner über den Vierfachmord in Rapperswil

«Zu glauben, das Böse kenne eine Geografie, ist töricht.» SEITE 16

INSERAT

Danke für Ihre Grosszügigkeit.

www.heks.ch
PC 80-1115-1



**HEKS
EPER**

Bürgerspital Solothurn

Die Arbeiten für den Neubau sind auf Kurs

Allmählich zeigt sich das markante Gesicht

Die Arbeiten am Neubau des Bürgerspitals Solothurn schreiten planmässig voran. Bis heute wurden Bauaufträge für 243 Millionen Franken vergeben, dieses Jahr werden 60 Millionen «verbaut».



Blick über den Lichthof auf die Fassade des Neubaus, die jetzt mit den «Brise Soleil»-Elementen bestückt

VON URS MOSER (TEXT) UND HANSPETER BÄRTSCHI (FOTOS)

Acht Monate nach der Aufrichtefeier nimmt der Neubau des Bürgerspitals in Solothurn mehr und mehr seine definitive Gestalt, die Fassade ihr markantes Gesicht an. «Brise Soleil» nennt sich die Konstruktion, die einen blendenden Direkteinfall von Sonnenstrahlen verhindert, aber dennoch für viel Tageslicht im Gebäudeinnern sorgt. Nach und nach werden die Betonelemente montiert, 1734 Stück werden es am Ende sein, jedes zwischen 100 und 780 Kilogramm schwer.

«Wir sind voll auf Kurs», verkündet Gesamtprojektleiter Alfredo Pergola beim Baustellenrundgang, auf dem er über den Stand der Arbeiten informiert. Voll auf Kurs, das heisst: Die eigentlichen Baumeisterarbeiten für das siebenstöckige Hauptgebäude sind so gut wie abgeschlossen, die Liftanlagen eingebaut, die Flachdacharbeiten mehrheitlich abgeschlossen etc. Derzeit arbeiten täglich rund 180 Personen auf der Baustelle, die Lüftungsrohre verlegen, Haustechnik installieren, Leichtbauwände montieren und, und und.

Bis dato wurden für das 340-Millionen-Projekt Arbeiten im Umfang von 243 Millionen Franken vergeben. Dabei gingen immerhin rund 40 Prozent der Aufträge an Unternehmen aus dem Kanton Solothurn. Keine Selbsterständlichkeit bei einer Vergabe im offenen Verfahren, das keinen Protektionismus zulässt. Dieses und nächstes Jahr werden im Neubau des Bürgerspitals je rund 60 Millionen Franken verbaut.

16

Liftanlagen wurden im Neubau des Bürgerspitals eingebaut.

21

Tonnen Blei werden für die Abschirmung der Nuklearmedizin benötigt.

239

Patientenbetten auf sieben Stationen wird das neue Spital haben.

1

Million Franken jährlich kostet allein die Gebäudeversicherung.

Bezugsbereit soll der Neubau im Sommer 2020 sein. Bis dann ist noch viel zu tun. Zum Beispiel sind 575 Lavabos und 2400 Türen einzubauen. Und Tür ist dabei eigentlich ein unzulänglicher Begriff, denn im Spitalbau schliesst und öffnet eine Tür nicht einfach einen Raum, sie hat sage und schreibe 50 Funktionen.

Im siebten Stock sind die Arbeiter aber bereits damit beschäftigt, eines der 139 Patientenzimmer fixfertig einzurichten, inklusive der gesamten technischen Installationen. Das zuvor auf dem Baustellengelände eingerichtete Musterzimmer wurde übrigens von den Verwaltungsräten der Solothurner Spitäler AG persönlich abgenommen und einstimmig für gut befunden. «Das freut uns besonders», sagt Projektleiter Pergola, der Kanton baue hier schliesslich nicht für sich, sondern für die Nutzer des Spitals. Jetzt muss sich zeigen, ob sich in dem Zimmer im Endausbau auch wirklich alles so bewährt, wie man sich das vorgestellt hat.

Auf solche «Testareale» trifft man auf der Baustelle immer wieder. Hier sind schon gläserne Trennwände montiert, als ob ein Labor bereits in Betrieb wäre. Da sieht eine Decke mit Lampen und Sprinkleranlage schon fixfertig aus. Mit diesen Praxistests lassen sich teure Nachbesserungen vermeiden. Zum Beispiel hat sich herausgestellt, dass die ursprünglich gewählte Oberflächenstruktur von gläsernen Wandelementen zwar ästhetisch überzeugt, aber dennoch nicht infrage kommt, weil die Reinigung viel zu aufwendig gewesen wäre.



180 Handwerker arbeiten täglich auf der Baustelle.



21 Tonnen Bleiwände: die künftige Nuklearmedizin.



Mehr Fotos und ein Video finden Sie online.

Alles

Hier

«Runder Tisch» im Kloster-Zwist

Solothurn Im Streit um die Zwischennutzung des Solothurner Kapuzinerklosters wird ein neues Kapitel aufgeschlagen: Der Kanton sistiert sein Baugesuch und setzt auf einen «runden Tisch».

VON WOLFGANG WAGMANN

Urs Buchers Gesuch für ein Zwischenutzungsprojekt mit sozial benachteiligten Menschen und Asylsuchenden war letzten Herbst zurückgezogen worden. Ein neues Baugesuch hatte der Kanton als Besitzer der Klosteranlage eingereicht, und es sollte vor allem weitreichendere Öffnungsmöglichkeiten für Anlässe bringen. Das Gesuch stiess in Anwohnerkreisen auf breite Opposition und es setzte vier Einsprachen ab, eine davon unterzeichnet von gleich 14 Parteien. Zudem wurde auch die bisherige Bewilligungspraxis hinterfragt, die auf einer mit einer Einsprachepartei 2007 bereinigten Baubewilligung fusst. Da diese mehrfach verletzt worden sei, habe die Stadt ihre Aufsichtspflicht nicht wahrgenommen, wurde dieser sogar mit einer Anzeige beschieden.

Kanton versucht es im Guten

Angesichts dieser eigentlichen Front gegen eine für die Einsprecher zu wenig definierte Nutzung im Kloster versucht nun das kantonale Hochbauamt, die Wogen auf dem Weg des Dialogs zu

glätten. Es beantragt deshalb beim Stadtbauamt, das bekämpfte Baugesuch «vorläufig zu sistieren». Nochmals wird betont, das Baugesuch bezwecke lediglich eine vorübergehende Zwischennutzung, bis die definitive Nutzung für das ehemalige Kloster gefunden sei. Diese versucht der Kanton seit dem Auszug des Ordens 2003 herbeizuführen, er ist aber bisher am Anwohner-Widerstand zu Projekten wie der «Denkklausur» oder am Nachweis von Investitionskapital gescheitert.

Das kantonale Hochbauamt will nun «die Angelegenheit» mit den Einsprechern intern diskutieren und schlägt zu diesem Zweck einen «runden Tisch» vor. Dies werde «einige Zeit» beanspruchen, zwischenzeitlich sollen aber die Rechte der Einsprecher und ihrer Einsprachen gewahrt bleiben.

Kann mit uns reden, aber ...

Mehr als bezweifelt wird im jetzigen Einspracheverfahren auch, ob bisherige Anlässe wie die «Authentica» oder «Advent im Kloster» überhaupt hätten bewilligt werden dürfen. Von Einsprecherseite wird dagegen betont, man habe bisher ja nichts gegen die Anlässe gehabt und sie toleriert. Sollten gar Veranstalter auf sie zukommen, lasse man durchaus mit sich reden. Durchblicken lässt man aber auch, dass es vor allem Opposition gebe, weil ein bekannter Partyveranstalter wie Urs Bucher exklusiv und zu erweiterten Öffnungszeiten das Kloster nutzen könne - was eben Befürchtungen betreffend die Ruhe im Quartier auslöse.



wird. Das Bettenhaus soll im Sommer 2020 bezugsbereit sein, dann wird das alte Hauptgebäude abgerissen.

Politik macht mobil für Bundesamt

Vorstösse Gerüchte um die Schliessung des Bundesamtes für Wohnungswesen in Grenchen rufen nationale und kantonale Politiker auf den Plan.

VON ANDREAS TOGGWEILER

Vor zehn Tagen wurde publik, dass Bundesrat Johann Schneider-Ammann aus Spargründen die Redimensionierung oder gar Schliessung des Bundesamtes für Wohnungswesen in Erwägung zieht.

SP-Nationalrätin Bea Heim (Starrkirch-Wil) stellt in einer Interpellation kritische Fragen zur unsicheren Zukunft des Grenchner Bundesamtes. Der Vorstoss «Das Bundesamt für Wohnungsbau braucht es heute und in Zukunft» von Bea Heim wurde neben ihren Parteikollegen auch von Kurt Fluri (FDP) und Stefan Müller-Altermatt (CVP) unterzeichnet. Unter dem Titel «Bundesamt für Wohnungswesen: Föderalistische und dezentrale Strukturen mit fairer Kostenberechnung bei Entscheidungen berücksichtigen» hat der Gerlafinger SP-Nationalrat Philipp Hadorn seinerseits eine Motion eingereicht.

Hadorn weist darin auf die Häufung von Bundesämtern in der Stadt und im Kanton Bern hin und fordert den Bundesrat auf, auf föderalistische Strukturen in der Schweiz Rücksicht zu nehmen - auch bei Reorganisationen. Zudem gelte es die günstigen Büroräumlichkeiten in Grenchen in die Betrachtung einzubeziehen. Alle Solothurner Nationalräte, dazu auch Beat Jans (SP/BS) haben Hadorns Motion unterschrieben.

Interpellantin Heim stellt die Frage, «mit welchen messbaren Zielsetzungen, Leistungen und mit welchen Ressourcen dem Verfassungsauftrag aus dem Artikel 108 entsprechend der Wohnbau- und Wohneigentumsförderung bisher entsprochen wurde und wie dies in Zukunft mindestens im sel-



Ungewisse Zukunft hinter den Mauern des Bundesamtes. ARCHIV UBY

ben Umfang realisiert werden soll.» Und ob es nicht günstiger sei, am Standort Grenchen festzuhalten, angesichts der tieferen Quadratmeterpreise pro Arbeitsplatz, als etwas in Bern für dieselben Aufgaben aufzubauen.

Sowohl Heim als auch Hadorn schlagen vor, dass wenn in Grenchen durch eine Reorganisation Räume frei würden, diese weiter für Bundesaufgaben zu nutzen. Das 1995 gebaute Bürogebäude an der Storchengasse gehört nämlich der Eidgenossenschaft. Das Bundesamt für Wohnungswesen ist das einzige Bundesamt im Kanton Solothurn. Allein in Biel sind zwei Bundesämter angesiedelt, das Bundesamt für Sport und das Bundesamt für Kommunikation.

Grenchner Kantonsräte aktiv

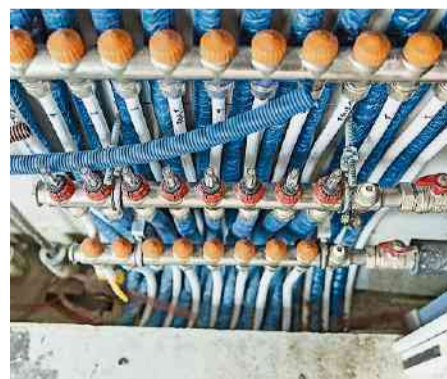
Auch im Kanton tut sich was. Laut Vize-Stadtpresident und Kantonsrat Remo Bill (SP) haben sich die Grenchner Kantonsräte getroffen und einen Vorstoss formuliert, der in der nächsten Session am 20. März eingereicht werden soll.



läuft nach Plan.



Projektleiter Alfredo Pergola.



Von wegen Kabelsalat.



wird schon einmal ein Patientenzimmer fixfertig eingerichtet.



Zusammengeschweisst wird vor Ort.